

Bundeskanzler Helmut Kohl:

## Wir sind fest entschlossen, die notwendigen Reformen zügig durchzusetzen

Die sozialen Sicherungssysteme und unser Steuersystem sollen noch vor der nächsten Bundestagswahl im Jahr 1998 umfassend reformiert werden. Das kündigte der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, auf einer Pressekonferenz nach der Sitzung des Parteipräsidiums am 10. Juni in Berlin an und stellte „erhebliche Veränderungen der Strukturen“ in Aussicht. Wir werden – so der Bundeskanzler – über das gesamte System zu reden haben.

Da der Wahlkampf 1998 mit fertigen Gesetzen und nicht nur mit Absichtserklärungen geführt werden soll, müssen aus den Vorarbeiten der Experten sehr bald schon konkrete Gesetzesvorhaben werden. Deshalb auch die Einsetzung von zwei Parteikommissionen am letzten Montag, die die Beratungen der beiden korrespondierenden Regierungskommissionen innerparteilich begleiten und in eine breite öffentliche Diskussion einmünden lassen sollen.

Die Parteikommission „Zukunft der sozialen Sicherungssysteme“ wird nach dem Beschluß des Parteipräsidiums ihre Arbeit unter der Leitung von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm aufnehmen, die Parteikommission „Zukunft des Steuersystems“ unter der Leitung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble.

Fortsetzung auf Seite 2

### HEUTE AKTUELL

#### ● Vermittlungsausschuß

Blockade der SPD verhindert  
9,41 Milliarden DM Entlastung.  
Seite 3

#### ● Für mehr Wachstum und Beschäftigung

Generalsekretär Peter Hintze: Ich  
erwarte, daß sich der DGB partei-  
politisch neutral verhält. Seite 4

#### ● Sicherheit

Guter Beitrag zu mehr euro-  
päisch-amerikanischer Zusam-  
menarbeit. Karl Lamers zur  
Nato-Tagung in Berlin. Seite 12

#### ● Kulturstadt Europas

Chance für Weimar, sich zukunfts-  
orientiert zu präsentieren. Seite 18

#### ● Verfassungsschutz

Die staatlichen Maßnahmen  
haben ihre Wirkung nicht ver-  
fehlt. Manfred Kanther zum  
Verfassungsschutzbericht 1995.  
Seite 20 – 27

## Empfehlung für Diätenregelung in der Rechtsstellungskommission verabschiedet

**Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Andreas Schmidt (Mülheim), gibt bekannt:**

In der Sitzung der Rechtsstellungskommission am 10. Juni haben sich die Vertreter der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP mehrheitlich auf eine Empfehlung verständigt:

Die für den 1. Juli 1996 geplante Erhöhung der Abgeordnetendiäten wird um ein Jahr verschoben. Die für diesen Termin vorgesehene Diätenerhöhung auf 11.825,- DM findet erst am 1. Juli 1997 statt. Ebenso werden die bereits im Abgeordnetengesetz zum 1. April 1997 und zum 1. Januar 1998 vorgesehenen Anhebungen um ein Jahr auf den 1. April 1998 bzw. den 1. Januar 1999 verschoben. Hier-

von bleibt die Orientierung der Abgeordnetenentschädigung an den Gehältern von Obersten Bundesrichtern und kommunalen Wahlbeamten unberührt.

Der Zeitplan für die Anhebung der Bezüge der Versorgungsempfänger wird dieser Regelung angepaßt.

Allein aufgrund der vorgesehenen Verschiebungen der Erhöhung der Diäten für aktive Mitglieder des Deutschen Bundestages ergibt sich für die Jahre 1996 bis 1998 mindestens ein Einsparvolumen von 14,4 Mio. DM.

Die Sprecher der an der Sitzung der Rechtsstellungskommission beteiligten Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP geben gleichlautende Presseerklärungen ab.

### Fortsetzung von Seite 1

Die Bundesregierung sei fest entschlossen, notwendige Reformen zügig durchzusetzen, und lasse sich auch nicht durch Protestaktionen der Gewerkschaften davon abbringen. Helmut Kohl: Das Lied „Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will“ steht nicht in der Verfassung.

Zugleich versicherte der Bundeskanzler, daß die CDU ebenso unbeirrt die Partei der Sozialen Marktwirtschaft bleibe und eine schrankenlose Wirtschaftsideologie ablehne. Deshalb werde auch nicht um des Sparens willen gespart; das Programm für Wachstum und Beschäftigung sichere vielmehr in einer politisch schwierigen Zeit die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft und ihrer Sozialsysteme in einem

immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerb.

Die jüngsten Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit sind nach den Worten von Bundeskanzler Helmut Kohl unbefriedigend. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit um etwa 150.000 Stellen sei nur saisonbedingt. Umso wichtiger sei es deshalb, den Arbeitsmarkt zu beleben. Mit allen nur denkbaren Anstrengungen müsse das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung umgesetzt und mit Leben erfüllt werden.

Der Bundeskanzler zeigte sich schließlich optimistisch, daß es in der zweiten Jahreshälfte zu einer Verbesserung der Wirtschaftsdaten kommen werde. Insbesondere rechne er mit einem Anstieg beim Export.

# Blockade der SPD verhindert 9,41 Milliarden DM Entlastung

Die Zahlen im einzelnen: Die SPD hat durch ihre Blockadepolitik im Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat finanzielle Entlastungen der Kommunen in Milliardenhöhe verhindert. Nach Berechnungen des Bundesgesundheitsministers schlägt sie eine Gesamtentlastung in den Kommunen von 9,4 Milliarden DM für die Jahre 1996 - 1998 aus, nur weil sie eine Belastung von insgesamt 1,6 Milliarden DM im gleichen Zeitraum durch die Streichung der originären Arbeitslosenhilfe nicht mittragen wollte.

Bei der von der CDU und der Bundesregierung gewollten **Reform der Sozialhilfe** hätte die

Ausgabensteigerung nur	0,6 Mrd. DM
betragen. Die Steigerung der Ausgaben der Regelsätze nach geltendem Recht (1996: 4,6 %, 1997: 1,8 %, 1998: 1,8 %) wirkt sich mit insgesamt 8,4 % so aus, daß	3,4 Mrd. DM
mehr aufzubringen sind.	

<b>Die Ersparnis hätte</b> .....	<b>2,8 Mrd. DM</b>
betragen.	

Der geplante Kompromiß bei der Erhöhung der Pflegesätze, der anstelle von 7-8 % jährlich nur 1 % pro Jahr ausgemacht hätte,	5,6 Mrd. DM
<b>hätte eine Ersparnis von</b> .....	<b>1,0 Mrd. DM</b>
ergeben.	<b>4,6 Mrd. DM</b>

Die <b>Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes</b> hätte zu einer <b>Entlastung von</b> .....	<b>2,7 Mrd. DM</b>
geführt.	

Von der <b>Summe</b> der möglichen Entlastungen in Höhe von	10,1 Mrd. DM
sind die Übernahme der Kosten für die Freifahrten nach dem Schwerbehindertengesetz durch die Länder in Höhe von	0,69 Mrd. DM
in Abzug zu bringen, die bislang vom Bund getragen wurden.	
Somit hätte sich eine <b>Gesamtentlastung für die Kommunen in Höhe von</b> .....	<b>9,41 Mrd. DM</b>
ergeben.	

Generalsekretär Peter Hintze:

## Ich erwarte, daß sich der DGB parteipolitisch neutral verhält

**Generalsekretär Peter Hintze hat am 4. Juni mit dem folgenden Schreiben direkt auf den Brief des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte an die CDU-Kreisvorstände geantwortet:**

*Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Schulte,*

in einem Brief haben Sie sich am vergangenen Wochenende an die Vorstände der CDU in den Kreisverbänden gewandt. So sehr ich anerkenne, daß sich der DGB unter Ihrem Vorsitz für die Probleme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzt, muß ich doch die in Ihrem Brief enthaltenen Vorwürfe mit aller Entschiedenheit zurückweisen:

Das „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ ist die politische Umsetzung der gemeinsamen Überlegungen in der Gesprächsrunde beim Bundeskanzler am 23. Januar 1996. Damals hatten auch die Gewerkschaften dem Ziel zugestimmt, die Lohnzusatzkosten zu begrenzen und die Beitragssätze zur Sozialversicherung zurückzuführen. Ebenso wurde gemeinsam mit den Gewerkschaften die Notwendigkeit anerkannt, das Problem der Fehlzeiten am Arbeitsplatz anzugehen und Fehlentwicklungen bei der Frühverrentung zu korrigieren.

### Nicht ohne Einsparungen

Das Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland zu erhalten, kann nicht ohne Einsparungen – auch bei den Sozialausgaben – erreicht werden. Die rea-

litätsferne Erwartung, dies wäre nach dem Motto: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß!“ leistbar, hat doch wohl auch beim DGB zu keiner Zeit bestanden.

Im einzelnen kritisieren Sie die beabsichtigte Regelung zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Diese Reform soll in erster Linie zu einer Senkung der Arbeitskosten in Deutschland führen und damit Arbeitsplätze sicherer machen. Die Erfahrungen im Ausland zeigen außerdem, daß eine angemessene Selbstbeteiligung des Beschäftigten – hier durch maßvollen Lohn- oder Urlaubsverzicht – ein probates Mittel zur Verhinderung leichtfertiger oder mißbräuchlicher Inanspruchnahme ist.

### Keine „Luftbuchungen“

Die von Ihnen alternativ vorgeschlagenen freiwilligen Vereinbarungen dürften in der Praxis – auch dies zeigt z.B. die Erfahrung in Schweden – allenfalls zu punktuellen Erfolgen führen. In der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage können wir uns jedoch „Luftbuchungen“ nicht leisten. Ich appelliere deshalb an Sie, die vorgesehene Regelung mitzutragen.

Die von Ihnen kritisierte Veränderung der Kündigungsschutzvorschriften bei kleinen Betrieben betrachten wir als wichtigen Schritt, mehr Beschäftigung in Deutschland zu ermöglichen. Auch der DGB kann nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß die derzeit gültigen Kündigungsschutzvorschriften in zahlreichen Fällen wie eine Einstellungsbremse wirken. Eine Mitgliederbefragung des Zentralverbands des

## Bernrath (SPD) rät seiner Partei zur Übernahme des Sparpakets der Bundesregierung

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hans Gottfried Bernrath (SPD), hat sich für die Übernahme des Sparpakets der Bundesregierung durch seine Partei ausgesprochen. Bernrath sagte am 10. Juni im Hessischen Rundfunk, er sei für die Übernahme, rate aber zusätzlich, die Maßnahmen „um Überlegungen zur Steuerentlastung, besonders bei Betriebsgründun-

gen und zum Abbau von Privilegien anzureichern“. Bernrath, der ein eigenes Sparpaket der SPD forderte, kritisierte die Ablehnung der Bonner Pläne durch seine Partei. Dem Städte- und Gemeindebund gehe es nicht allein um Kürzungen und Streichungen, „sondern um eine kalkulierbare Grundlage für unsere Finanzwirtschaft in den Kommunen“, erklärte der SPD-Politiker.

Deutschen Handwerks ergab, daß durch eine solche Maßnahme bis zu 100.000 Menschen zusätzlich beschäftigt werden können.

### Auf Agitation verzichten

Auch das Vorziehen der Anhebung der Altersgrenzen bei der Rente ist ein wichtiger Beitrag zur Begrenzung der Lohnzusatzkosten. Ich möchte Sie und den DGB nachdrücklich auffordern, jede Form der Agitation zu unterlassen, die geeignet ist, ältere Menschen zu verunsichern. Sie würden um ein Stück ihres Lebensglücks betrogen, wenn irrealer Ängste leichtfertig geweckt werden.

Die CDU steht fest zum Grundsatz der Einheitsgewerkschaft, die Sie repräsentieren. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß Aktionen des DGB und seiner Einzelgewerkschaften in den letzten Wochen – Gewerkschaftsfahnen einträchtig neben SPD-Fahnen, vereinzelt sogar neben PDS-Bannern – doch zu Irritationen bei engagierten Arbeitnehmervertretern aus den Reihen der Union geführt haben.

Ich empfehle weiterhin nachdrücklich die Mitwirkung Christlicher Demokraten in

den Einheitsgewerkschaften. Ich erwarte aber auch, daß sich der DGB parteipolitisch neutral verhält. Sie würden den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland überdies einen schlechten Dienst erweisen, wenn Sie die Legende von der angeblich natürlichen Brüderschaft der Gewerkschaftsbewegung zur Sozialdemokratie wiederbelebten. Von der SPD hat der deutsche Arbeiter oder Angestellte außer warmen Worten nichts zu erwarten, wie die erfolglose Perspektivsuche gestern in Königswinter gezeigt hat.

### Das Gegenteil ist richtig

Am Schluß Ihres Briefes behaupten Sie, unsere Maßnahmen führten in ein anderes Gesellschaftsmodell. Das Gegenteil ist richtig. Wenn wir heute nicht handeln, werden wir die Wesenselemente der Sozialen Marktwirtschaft für morgen nicht sichern können. Die Folgen wären fatal. Der Preis für die Verweigerung heute wäre steigende Arbeitslosigkeit und politische Instabilität morgen.

*Mit freundlichen Grüßen*  
*Peter Hintze*

# Antrag von Scientology gegen Norbert Blüm abgelehnt

**Der 5. Senat des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen hat in einem Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes den Antrag von Scientology abgelehnt, dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung Norbert Blüm kritische Äußerungen über Scientology zu untersagen.**

Anlaß für das Verfahren war ein Artikel in der „Welt am Sonntag“, in dem verschiedene kritische Äußerungen von Norbert Blüm über Scientology zitiert wurden; die Zitate stammten aus einem Interview im Zusammenhang mit der Weisung des Ministers an die Bundesanstalt für Arbeit, keine Arbeitsvermittlungserlaubnisse an Mitglieder von Scientology zu erteilen.

Zur Begründung seiner Entscheidung hat der Senat im wesentlichen ausgeführt: Es sei bei summarischer Prüfung nicht zu beanstanden, wenn Scientology als „menschenverachtendes Kartell der Unterdrückung“ und als „Riesenkrake“ bezeichnet werde. Auch soweit Blüm davon gesprochen habe, die „Rädelsführer“ von Scientology würden einer „Gehirnwäsche“ unterzogen und Scientology verbreite eine

„verblendete Ideologie“, sei dies vertretbar. Diese Wertungen und Behauptungen beruhen bei summarischer Prüfung auf hinreichenden tatsächlichen Anhaltspunkten und Belegen.

## Umstände verschleiert

Scientology habe auch keinen Anspruch auf Unterlassung der Bezeichnung als „verbrecherische Geldwäsche-Organisation“. Bundesminister Norbert Blüm habe Scientology nicht der „Geldwäsche“ im Sinne des Straftatbestandes des § 261 StGB bezichtigen wollen. Vielmehr habe er in plakativer Umgangssprache dargestellt, daß Scientology seine erheblichen finanziellen Mittel auf verwerfliche Art und Weise erlange, daß diese Mittel zum Teil aus Straftaten herrührten, in Unternehmen investiert und diese Umstände verschleiert würden. Solange der Begriff „Geldwäsche“ in diesem Sinne verwendet werde, sei dies mit Blick auf die im vorliegenden Verfahren gewonnenen tatsächlichen Erkenntnisse bis zu einer Entscheidung in der Hauptsache hinnehmbar. (Az.: 5 B 993/95)

## Längere Ladenöffnungszeiten ab Jahresende

Voraussichtlich vom Jahresende an werden die Bundesbürger länger einkaufen können als bisher: Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat den Weg für eine Lockerung der Ladenschlußzeiten freigemacht. Wolfgang Schäuble sagte nach einer Sitzung der CDU/CSU-Abgeordneten in Berlin: Nach dem Beschluß der Fraktion sollen die Geschäfte werktags bis 20.00 Uhr und samstags

generell bis 16.00 Uhr offen bleiben dürfen. In der Vorweihnachtszeit bleiben die Geschäfte an Samstagen bis 18.00 Uhr offen. Zudem stimmten die Unionsparlamentarier einer Änderung des Bäckerarbeitszeitgesetzes zu. Danach gilt eine Tätigkeit im Backgewerbe ab 3.00 Uhr nicht mehr als Nachtarbeit. Damit können künftig auch sonntags Brötchen verkauft werden.

Wolfgang Schäuble:

## Das Rentensystem an die stark veränderten Verhältnisse anpassen

**Gerät die Rente in die Schlagzeilen, dann reagieren die Menschen sensibel, und das ist verständlich. Deshalb muß man behutsam und seriös über Fragen der Rente reden. Daran mangelt es bisweilen. Wer von einer Existenzkrise der Rentenversicherung schwadroniert, der spricht die Unwahrheit und will im Zweifel bewußt verunsichern. Keiner der heutigen Rentner braucht um seine Rente zu bangen.**

Wahr ist freilich auch, daß unser Rentensystem in den nächsten Jahrzehnten an stark veränderte Verhältnisse angepaßt werden muß. Warum? Die Rentenversicherung beruht auf dem Generationenvertrag. Renten stammen nicht aus Zinserträgen von vorher angesparten Beiträgen.

Vielmehr werden aus den Beiträgen der heute arbeitenden Generation die Renten der älteren Generation bezahlt. Dafür haben die Beitragszahler von heute einen – verfassungsrechtlich gesicherten – Anspruch gegen die nächste Generation.

Dieses Umlageverfahren hat den großen Vorteil, daß die Rentner am wachsenden Wohlstand in gleichem Maße teilhaben wie die Arbeitenden. Nun ist die Zahl der Kinder heute in Deutschland viel geringer als früher, während die Lebenserwartung und damit die Zahl der Älteren steigt.

Hielte diese Entwicklung an, dann würde sich bis zum Jahre 2030 der Anteil der Menschen im Rentenalter im Verhältnis zu denen im erwerbsfähigen Alter fast verdoppeln, mit entsprechenden Konsequenzen für die Beitragslast der arbeitenden Generation. Auf so tiefgreifende Veränderungen ist unser Rentensystem nicht ausreichend vorbereitet.

Wir müssen versuchen, trotz dieser Entwicklung das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentner einigermaßen im Lot zu halten. Das heißt vor allem: wir müssen die Zeit der Erwerbstätigkeit und damit der Beitragsleistung verlängern. Statt bei 63 bzw. 65 Jahren liegt das tatsächliche Renteneintrittsalter heute im Durchschnitt bei 59 Jahren. Um die beschlossene Anhebung des Renteneintrittsalters führt deshalb kein Weg vorbei. Ebenso müssen die Ausbildungszeiten verkürzt werden, damit junge Menschen wieder eher in den Beruf können.

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit für den einzelnen ist kein Widerspruch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Natürlich macht der, der länger arbeitet, nicht unmittelbar einen Arbeitsplatz frei. Die mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit erreichte Entlastung der Rentenversicherung sorgt aber aufs Ganze gesehen für eine Entlastung der Kosten von Arbeit und macht damit die Arbeitsplätze wettbewerbsfähiger. Nur durch erhöhte Wettbewerbsfähigkeit können wir verhindern, daß weitere Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden.

Mehr Wachstum und damit mehr Arbeitsplätze in Deutschland verbessern ebenfalls das Verhältnis von Beitragszahlern und Rentnern. Deshalb kommt dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung der Koalition auch für die Stabilität der Rentenversicherung eine große Bedeutung zu.

Auf Dauer können wir die Verantwortung für die künftige Generation von Erwerbstätigen und Beitragszahlern in der Rentenversicherung nicht unberücksichtigt lassen

## Wußten Sie, daß

- bis auf Brandenburg sich alle Verfassungsschutzbehörden mit der PDS oder bestimmten Teilstrukturen der SED-Fortsetzungspartei befassen?
- laut Verfassungsschutzbericht 1995 die PDS Sozialismus „als radikale Alternative zu den Mißständen und Übeln der heutigen Gesellschaft“ (S. 52) versteht?
- der Verfassungsschutz das Verhältnis der PDS zum Parlamentarismus wie folgt charakterisiert?:

„Zu tragenden Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung - Primat des gewählten Parlaments, Gewaltlosigkeit in der politischen Auseinandersetzung - verhält sich die PDS nach wie vor zweideutig.“ (S. 53)

- daß der PDS-Bundestagsabgeordnete Rolf Köhne die gewaltsamen Ausschreitungen im Zusammenhang mit den CASTOR-Transporten rechtfertigt?:

„In einem demokratischen Land müßte davon ausgegangen werden, daß die Bevölkerung selbstverständlich auch zwischen den Wahlen die Gewalt inne hat und daß mit der Anwendung dieser Gewalt zu rechnen ist.“ (S. 54)

- die Kommunistische Plattform (KPF) das Oppositionsverständnis

der PDS im „Neuen Deutschland“ als Systemüberwindung definiert?:

„Opposition zielt sowohl auf Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems als auch langfristig auf dessen Überwindung, auf die Verwirklichung der grundsätzlichen sozialistischen Zielstellung der PDS.“ (S.56)

- laut Verfassungsschutzbericht 1995 die PDS weiterhin offen linksextremistische Strukturen, zu denen u. a. die „Kommunistische Plattform der PDS“ (KPF), die „AG Junge GenossInnen“ und die „Arbeitsgemeinschaft Autonome Gruppen in und bei der PDS“ zählen, innerhalb der Partei fördert bzw. duldet (S. 55)?

## Was Sie über Lafontaines

## Wunschpartner wissen sollten

- im Verfassungsschutzbericht des Landes Sachsen-Anhalt unter dem Kapitel „Linksextremismus“ die Kommunistische Plattform in der PDS (KPF) aufgeführt wird? (S. 93ff):

„Der Landessprecherrat der KPF bemühte sich, ein Gremium für möglichst linksgerichtete Gruppierungen zu schaffen. So etablierte sich ein „Roter Runder Tisch“ unter Beteiligung von KPD, DKP, MLPD und KPF.“ In den Mitteilungen der KPF 3/1995 hieß es dazu: „Der Rote Runde Tisch ist ein hoffnungsvoller Beginn der gemeinsamen Arbeit im Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung, für Sozialismus-Kommunismus.“ (S. 94f)

Deshalb sollten wir in der Rentenversicherung die Erziehungsleistung für Kinder stärker berücksichtigen, ohne die der Generationenvertrag nicht funktioniert. Die Union hat schon 1986 zur verbesserten Anerkennung der Erziehungsleistung die

Berücksichtigung von Erziehungszeiten im Rentenrecht eingeführt und 1992 auf insgesamt drei Jahre ausgedehnt. Dabei dürfen wir nicht stehenbleiben. Der Generationenvertrag muß um eine vollwertige Familienkomponente ergänzt werden. ■

# Perspektiven Mangelware

## Die SPD nach ihrer Konferenz in Königswinter

Auch nach der sogenannten „Perspektivkonferenz 1996“ der SPD in Königswinter haben die Sozialdemokraten kein überzeugendes wirtschaftspolitisches Konzept. Der „Spiegel“ sieht die SPD in der Isolation. Lafontaines Kurs stoße auf schroffe Ablehnung – in der Wirtschaft und bei der SPD: **„Nahezu in allen Punkten liegt Lafontaine mit den Ökonomen des Landes überquer, ohne daß es ihn nennenswert zu stören scheint.“** Ebenso auf Konfrontationskurs ist der SPD-Vorsitzende mit den deutschen Wirtschaftsvertretern. Nach Einschätzung Lafontaines würden viele Unternehmer „volkswirtschaftlich den größten Blödsinn aller Zeiten verzapfen“. (Spiegel, 10. 6. 96) Verbandsvertreter, beschwert sich der SPD-Vorsitzende, „überbieten sich mit ökonomischen Fehlteilen“. (ebd.) Retourkutsche Tyll Neckers, des früheren Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie: Er nennt Lafontaine einen **„Spitzweg im globalen Wettbewerb“**. (Spiegel, 10. 6. 96)

Lafontaines Auftritt in Königswinter war erneut alles andere als überzeugend. „Der SPD-Chef dozierte wieder wie im volkswirtschaftlichen Seminar, was bei Bonner Genossen zunehmend Unmut auslöst“, kommentierte das Handelsblatt die schwache Vorstellung des Parteivorsitzenden. (4. 6. 96)

**Peinlich:** Schon Lafontaines Eingangsbemerkung zur Standortkonkurrenz stieß auf Kritik. Die Frankfurter Allgemeine kommentierte: „Hier irrt Oskar Lafontaine: Daß Staaten wie Firmen miteinander in Konkurrenz stehen, ist keine konservative Irrlehre, sondern allenfalls ein Mißverständnis staatssozialistischer Ideologie. Auf freien Weltmärkten stehen in

der Tat nicht Staaten miteinander im Wettbewerb, sondern Menschen. Aber die Staaten entscheiden darüber, ob es den Menschen leicht oder schwer gemacht wird, sich im Wettbewerb zu behaupten.“ (FAZ, 4. 6. 96)

Lafontaines wirtschaftspolitische Konzepte stoßen auch in den eigenen Reihen auf Ablehnung. Sie seien „unklug und inhaltlich falsch“, kommentierte Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis (Spiegel, 10. 6. 96). Von Konsens keine Rede. Kritik kam auch von Hamburgs Bürgermeister Voscherau und vom rheinland-pfälzischen Sozialminister Florian Gerster.

### Wohin das führt

Wohin Lafontaines wirtschaftspolitische Vorstellungen führen, zeigen die saarländischen Wirtschaftsdaten. Ministerpräsident Oskar Lafontaine hat das Saarland zum Land mit der höchsten Staatsverschuldung und der höchsten Arbeitslosigkeit aller westlichen Bundesländer gemacht.

Durchweg negativ war das Echo auf die Vorschläge des „schwierigen Ökonomie-dozenten“ Lafontaine (Westdeutsche Allgemeine, 4. 6. 96) im Anschluß an die Konferenz:

- „Beim Sparen verpassen die Genossen den Anschluß an die Gegenwart. Zu groß ist der Trennungsschmerz von alten Ideen“, meinte dazu der Focus. (10. 6. 96)
- „Guter Rat teuer“ titelte die Westdeutsche Allgemeine. (4. 6. 96)
- „In Europa steht der deutsche Oskar einsam da“, bemerkte der Spiegel. (10. 6. 96)

# Wehrpflicht ist unantastbar

**Das Ergebnis der am 4./5. Juni in Heidelberg veranstalteten Klausurtagung der Arbeitsgruppe Verteidigungspolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Generalthema „Zukunft und Weiterentwicklung der allgemeinen Wehrpflicht und personelle Bedarfsdeckung der Bundeswehr“ hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe und verteidigungspolitische Sprecher der Fraktion, Paul Breuer, in folgenden Kernaussagen zusammengefaßt:**

**1.** Die Wehrpflicht in Deutschland steht für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion nicht zur Disposition. Sie ist sicherheitspolitisch notwendig, weil sie allein durch ein hinreichendes Reservistenpotential den Aufwuchs in einer Krise zu gewährleisten vermag. Sie ist gesellschaftspolitisch unverzichtbar, weil sie den solidarischen Willen des Volkes zum Ausdruck bringt, zur Landes- und Bündnisverteidigung einen Beitrag zu leisten und alle gesellschaftlichen Schichten daran beteiligt. Sie ist haushaltspolitisch ohne Alternative, da eine Bundeswehr im Umfang von 340.000 Soldaten nur mit Wehrpflichtigen zu finanzieren ist.

**2.** Überlegungen in anderen europäischen Staaten, eine Berufarmee aufzubauen, haben auf die deutsche Bewertung keinen Einfluß. Wir wollen uns nicht an Frankreich orientieren, das eine Interventionsarmee schafft. Wir dürfen uns nicht mit Rußland vergleichen, das seine Armee mit Blick auf innerstaatliche Konflikte umstrukturiert. Wir können uns nicht mit Spanien und den Niederlanden vergleichen, deren geostrategische Lage nicht der exponierten Zentrallage Deutschlands ent-

spricht. Unsere Schwerpunkte bleiben die Landes- und Bündnisverteidigung. Deshalb liegt es in unserem nationalen Interesse, zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik Europas einen gewichtigen Beitrag zu leisten. Nur eine Bundeswehr in der heutigen Größenordnung wird dieser Zielsetzung gerecht.

**3.** Die Wehrpflicht hat sich als Wehrform für unser Land bewährt und besitzt konstitutiven Charakter. Sie ist durch zusätzliche Anreize für junge Menschen weiterzuentwickeln und attraktiv zu gestalten. Die geplanten Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung wurden von der CDU/CSU gefordert und werden nun von der Arbeitsgruppe unterstützt und politisch begleitet. Gestaltende politische Kraft ist gefragt, um den Pflichtgedanken in unserer Gesellschaft wieder stärker zu verankern.

**4.** Das Mischsystem aus längerdienenden Soldaten und Wehrpflichtigen in der Bundeswehr (darunter 200.000 Berufs- und Zeitsoldaten und 135.000 Wehrpflichtige) hat sich bewährt. Die Erweiterung der Wehrdienstzeit um eine flexible, freiwillige Komponente (W 12-23 Monate) setzt sich momentan durch und findet eine große Resonanz.

**5.** Der Personalumfang der Bundeswehr wird sich künftig bei 340.000 Soldaten und 137.000 zivilen Mitarbeitern stabilisieren. Die Bedarfsdeckung bei den Offizieren ist durch ein attraktives Laufbahnkonzept langfristig gesichert. Die Konzeption, mit einem von Truppenkommandos unterbrochenen Studium Führungskräfte

## Gipfel unterstreicht Willen zur Zusammenarbeit

**Zu dem deutsch-französischen Gipfeltreffen in Dijon erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:**

Entgegen den Befürchtungen nach der Entscheidung von Präsident Chirac zur Neuordnung der französischen Streitkräfte unterstreicht der deutsch-französische Gipfel den Willen zur Zusammenarbeit gerade auch in diesem Bereich.

Es ist sehr zu begrüßen, daß die Verteidigungsminister erstmals eine gemeinsame Analyse der neuen sicherheitspolitischen Lage vorlegen, die die Grundlage für die vorgesehene gemeinsame Erklärung über die Rolle der Streit-

kräfte beider Länder bilden soll. Dies ist insofern bedeutsam, als nur eine gemeinsame Analyse der aktuellen sicherheitspolitischen Situation Grundlage für die deutsch-französische Verteidigungs-Kooperation in allen Bereichen, bis hin zur Rüstungskooperation sein kann. Gerade an einer solchen Grundlage hat es bisher gemangelt. Dies war die Ursache für die immer wieder aufgetretenen Schwierigkeiten.

Es ist zu hoffen, daß diese Zusammenarbeit sich insbesondere auch bei den im nächsten Halbjahr anstehenden Konkretisierungen des Grundsatzbeschlusses der NATO zum Aufbau einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität bewährt.

bereitzustellen, die militärische Qualifikation und wissenschaftliches Denken miteinander verquicken, hat sich bewährt.

**6.** Bei den Unteroffizieren sieht die Arbeitsgruppe Handlungsbedarf, die Laufbahn aufzuwerten. Die Arbeitsgruppe wird ihre Bemühungen darauf konzentrieren, mit einer ansprechenden Ausbildungskonzeption und einer attraktiven Laufbahnperspektive den Bedarf der Bundeswehr an qualifizierten Unterführern langfristig zu sichern.

**7.** Im Bereich des Zivilpersonals wird es darum gehen, die weitere Reduzierung von 200.000 auf 137.000 zivile Mitarbeiter – wie in der Vergangenheit – sozialverträglich durchzuführen und abzufedern. Für die Zukunft ist ein Personalstrukturmodell erforderlich, um den geplanten Personalamfang zu erreichen und den Besten Perspektiven zu geben.

## Roman Herzog öffnet Schloß Bellevue für Internet-Fans

Bundespräsident Roman Herzog hat seine Amtssitze in Bonn und Berlin für Internet-Benutzer geöffnet. Im weltweiten Computernetz können seit dem 10. Juni Bilder aus dem Berliner Schloß Bellevue und der Bonner Villa Hammerschmidt abgerufen werden. Alle Internet-Benutzer seien zu einem Rundgang eingeladen, teilte das Bundespräsidialamt mit. Außerdem seien unter der neuen Internet-Adresse

„<http://www.bundespraesident.de>“

Informationen über Herzog und seine Frau Christiane sowie Reden und Termine des Bundespräsidenten abgespeichert.

# Guter Beitrag zu mehr europäisch-amerikanischer Zusammenarbeit

Zur NATO-Tagung in Berlin erklärte der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers:

**1.** Die Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität innerhalb der Allianz durch die Zurverfügungstellung von NATO-Mitteln für von der WEU durchgeführte Aktionen ist das zentrale Element – und nicht etwa ein „schönes Nebenprodukt“ – der drei Ziele des Anpassungsprozesses der NATO; denn der Europäische Pfeiler ist auf Dauer die Grundlage der transatlantischen Bindung und damit auch der militärischen Effektivität.

**2.** Das Berlin-Kommuniqué ist ein Grundsatzbeschluss. Die im nächsten Halbjahr erforderliche Konkretisierung in den militärischen Strukturen ist entscheidend, weil sich erst dabei zeigen wird, wieviel Selbständigkeit Amerika den Europäern zu gewähren bereit ist. Das erfordert von den USA eine große Umstellung. Sie setzt nicht zuletzt Vertrauen voraus. Dieses kann vor allem Deutschland fördern. Dazu muß es eine klare Position einnehmen. Ein wesentliches Element der neu zu gestaltenden Kommandostruktur ist eine dauerhafte Sichtbarkeit Europas in ihr. Die USA können sich erlauben großzügig zu sein, da eine von den Europäern geführte Operation ohne ihre Zustimmung im NATO-Rat nicht stattfinden wird, und sie auch auf deren weiteren Verlauf Einfluß ausüben können.

Die Europäer werden bei der Umgestaltung der Kommandostruktur ihre Bereitschaft unter Beweis stellen müssen, lieb-gewordene Besitzstände zu opfern.

**3.** Das Instrument der CJTF wird nicht viel nutzen, wenn die Europäer sich nicht instandsetzen, die notwendigen Beschlüsse für Krisenfälle schnell und effizient zu fassen. Das erfordert vor allem eine Reform des Entscheidungsverfahrens in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Europa muß sich zur Führung fähig erweisen.

**4.** Auch für die nächste große Herausforderung der Allianz, ihre Öffnung nach Osten, ist die Herausbildung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität mit der Perspektive eines Bündnisses Amerikas mit Europa als handlungsfähige

**Europa und Amerika  
brauchen nach dem Ende  
des Ost-West-Konflikts  
nicht weniger, sondern  
mehr Zusammenarbeit**

Einheit von möglicherweise entscheidender Bedeutung. Das notwendige Einvernehmen mit Rußland bei diesem Schritt muß zu konkreteren Vorschlägen führen als bislang. Das Problem mit der Allianz-erweiterung lautet für Rußland nicht NATO, sondern Amerika in ihr. Die Vorstellung, amerikanischen Truppen am Bug statt noch vor fünf Jahren an der Elbe gegenüberzustehen, ist ihm unerträglich. Das kann man verstehen. Darauf zielt der Vorschlag Primakows, wenn schon NATO-Erweiterung, dann zumindestens auf integrierte Streitkräfte-Strukturen in den neuen Mitgliedsstaaten zu verzichten. Soll deren Mitgliedschaft aber nicht zweitrangig

**D**er christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e. V. sucht für seine Bundesgeschäftsstelle zum 1. August 1996

## eine Jugendbildungsreferentin/ einen Jugendbildungsreferenten

Zu den Aufgaben gehören:

- Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zur jugendpolitischen Bildung
- Mitarbeit bei der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes
- Kontakte zu anderen Jugendverbänden
- Erarbeitung von Broschüren und anderen Publikationen
- Vorbereitung und Durchführung von internationalen Jugendbegegnungen.

Für diese Tätigkeit erwarten wir:

- ein abgeschlossenes Studium der Sozialpädagogik bzw. Sozialarbeit oder vergleichbare Qualifikation
- Erfahrung in der Kinder- und Jugendarbeit

- die Fähigkeit zu selbständigem und flexiblem Arbeiten in einem Team
- Bereitschaft zu Wochenendarbeit und Dienstreisen
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Bundesvorstand

Wünschenswert sind Erfahrungen in der Jugendverbandsarbeit.

Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den BAT, zunächst in der Vergütungsgruppe IV a.

**Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen senden Sie bitte bis zum 30. 6. 96 an:  
Frischluft e. V., z. Hd. Herrn Keiffer,  
Postfach 24 01 16, 53154 Bonn**

sein, so müssen jedenfalls europäische Streitkräfte etwa nach dem Muster des Eurocorps einschließlich seiner Verbindung zur NATO stationiert werden können. Auf dieses Recht kann im übrigen die Europäische Union schon aus grundsätzlichen Gründen nicht verzichten.

**5.** Das Grundinteresse Amerikas an Europa ist, Europa, die Gegenküste, nicht unter die Kontrolle einer ihm feindlichen Macht fallen zu lassen. Dieses Interesse ist auf absehbare Zeit nicht gefährdet. Deswegen werden nicht die europäischen, sondern globale Zwecke der NATO auf längere Sicht über die Zukunft der Allianz

entscheiden. Diesem Gedanken müssen sich die Europäer öffnen. Nicht nur, um Amerika an Europa interessiert bleiben zu lassen, sondern weil sie denselben globalen Herausforderungen im traditionellen wie im neueren Sicherheitsverständnis gegenüberstehen wie Amerika.

---

### Mehr Zusammenarbeit

---

Europa und Amerika brauchen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts nicht weniger, sondern mehr Zusammenarbeit. Berlin hat hierzu einen guten Beitrag geleistet. ■

# Europa wird handlungsfähig im Bündnis

**Die vom deutschen Außenminister Kinkel in Berlin geleitete Frühjahrstagung der Nordatlantischen Allianz hat wichtige Signale für die Erneuerung des Bündnisses gesetzt.**

In Zukunft wird es eine größere Identität der europäischen Bündnispartner in einer handlungsfähigen „Europäischen Sicherheitsunion“ innerhalb des Bündnisses geben. Das dafür geeignete Instrument ist die Westeuropäische Union (WEU), die dabei ist, sich die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel zu schaffen, aber dennoch auf die bewährten zentralen und regionalen NATO-Strukturen angewiesen bleibt. Diese müssen allerdings – und sollen es nun endlich – für die künftige Zusammenarbeit mit der WEU fit gemacht werden. Das Stichwort heißt: Arbeitsteilung; nicht nur aus Kostengründen, sondern auch um einer vertrauensvollen und damit tragfähigen Partnerschaft willen. Das ist die Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit Europas in allen Fällen, in denen die amerikanischen Partner und damit das Bündnis als Ganzes – aus welchen Gründen auch immer – nicht handeln wollen oder können.

Das Gleichgewicht im Bündnis zwischen den transatlantischen Partnern USA und Kanada einerseits und Europa andererseits wird auf diese Weise neu austariert. Die NATO wird künftig mehr als bisher zu einem „Bündnis unter Gleichen“.

Es ist zu begrüßen, daß Frankreich unter dieser Voraussetzung an den militärischen Strukturen des Bündnisses künftig ohne Einschränkung teilhaben will.

In Berlin ist darüber hinaus klargestellt worden, daß die Werte-Schutzgemeinschaft der freien westlichen Staaten jenen offensteht, die für ihre neugewonnene Freiheit gegen alte und neue Risiken den Schutz der Allianz suchen. Das entspricht der Gründungsidee des Bündnisses, die dieses nur unter Verlust seiner Seele hätte preisgeben können. Bei dieser Öffnung geht es nicht um irgendwelche Einflußzonen und deren Erweiterung, sondern um

**Von Alfred Dregger,  
Ehrevorsitzender der CDU/  
CSU-Bundestagsfraktion**

das Schutzbedürfnis kleinerer und mittlerer Staaten, die nicht Rußland, aber der Sowjetunion unterworfen waren und nun ihre Sicherheit im Westen suchen. Das dient der Stabilität für ganz Europa im Interesse aller, auch Rußlands!

Das Bündnis soll nach der genannten Erneuerung und infolge dieser Öffnung zum Sicherheitsanker werden für eine dauerhafte gesamteuropäische Friedensordnung, die auch Rußland einschließt. Das Sondergespräch der NATO-Außenminister mit dem Außenminister der Russischen Föderation Primakov am Rande der Berliner Tagung hat dies deutlich gemacht. Das Bündnis muß der Russischen Föderation ein Signal dafür geben, daß seine neuen Sicherheitsvorkehrungen und seine Öffnung für die Staaten Ost-Mittel-Europas nicht gegen Rußland gerichtet sind und Rußland nicht aus Europa ausgrenzen sollen. Die Russische Föderation muß für

## Plädoyer für eine gemeinsame europäische Währung



Zahlreiche Veranstaltungen zu dem wichtigen Zukunftsthema europäische Währungsunion finden unter maßgeblicher Beteiligung der CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament überall in der Bundesrepublik Deutschland statt, so z. B. auch bei der Deutschen Bank in Osnabrück. Das Foto zeigt die beiden Referenten Prof. Dr. Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank Frankfurt (zweiter von rechts), und Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament (zweiter von links), sowie die Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank in Osnabrück Frank Otto (links) und Horst Brüggemann (rechts). An dieser Veranstaltung nahmen über 200 Personen teil.

Foto: E. Gotthardt

eine vertrauensvolle Zusammenarbeit im Rahmen einer „strategischen Partnerschaft“ mit dem Bündnis und mit der Europäischen Union gewonnen werden, die über die bisherigen Vereinbarungen im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ weit hinausgeht.

Meines Erachtens sollten dazu vertrauensbildende Maßnahmen für beide Seiten ver-

bindlich vereinbart werden. Darüber hinaus sollten die Bereitschaft und Fähigkeit der beiden Seiten zur Zusammenarbeit im humanitären Bereich gefördert werden, wie auch zur militärischen Zusammenarbeit bei der Beendigung von Krisen, zur Friedenserhaltung und bei der Eindämmung bereits ausgebrochener Konflikte im Rahmen der OSZE. ■

# Überblick über die EVP-Fraktionen in den europäischen Institutionen

Die Europäische Volkspartei ist als politischer Akteur in Europa nicht nur im Europäischen Parlament präsent. In folgenden vier weiteren Institutionen auf europäischer Ebene gibt es EVP-Fraktionen: im Ausschuß der Regionen, im Europarat, im Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas sowie in der Westeuropäischen Union. Hier ein kurzer Überblick über die einzelnen Fraktionen:

## Die EVP in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Die Parlamentarische Versammlung bestimmt, als Ort der politischen Debatte, die Arbeit des Europarates grundlegend mit. Sie richtet Empfehlungen an das Ministerkomitee, das auf dieser Grundlage die politischen Leitlinien festlegt und die Entscheidungen, beispielsweise über die Aufnahme neuer Mitglieder, trifft. Die Parlamentarische Versammlung äußert sich in Form von Entschlüssen. Die Zusammensetzung der Versammlung spiegelt die politischen Tendenzen der nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten wider. Die 263 Mitglieder und die gleiche Anzahl Stellvertreter werden von den nationalen Parlamenten benannt. Wie im EP hängt die Größe einer nationalen Delegation von der Bevölkerungszahl ab. Die beiden größten Fraktionen sind die EVP mit gegenwärtig 118 Mitgliedern (ab April werden noch die türkischen und russischen Delegationsmitglieder dazukommen) und die Sozialisten mit 159 Mitgliedern. Mit der Fraktion der Konservativen gibt es eine punktuelle Zusammenarbeit. Vorsitzender der EVP-Fraktion ist Dr. Walter Schwimmer, ÖVP.

**Kontaktadresse:**  
 EVP-Fraktion im Europarat,  
 BP 431 R 6, F-67006 Straßburg Cedex  
 (Büro: A. Bartling,  
 Generalsekretär)  
 Tel. +33/88/412676  
 Fax +33/88/412769

## Die EVP im Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)

Dieses Organ wurde 1957 als „Ständige Konferenz der Gemeinden und Regionen“ innerhalb des Europarates gegründet. Im Jahre 1994 ist sie als KGRE institutionell aufgewertet worden. Im institutionellen Gefüge des Europarates ist der Kongreß unterhalb des Ministerkomitees und der Parlamentarischen Versammlung angesiedelt. Der demokratische Auftrag ist die Einbindung der Gemeinden und Regionen in die politische Arbeit und die Unterstützung des Aufbaus leistungsfähiger kommunaler Verwaltungsstrukturen in Mittel- und Osteuropa. Der Kongreß setzt sich aus 218 Mitgliedern und der gleichen Anzahl von Stellvertretern zusammen, die 150.000 Gemeinden und Regionen vertreten. Vorsitzender der EVP-Fraktion ist Dr. Josef Hofmann, CDU. Die EVP-Fraktion ist mit 92 Mitgliedern größte Fraktion. Die Fraktion der Europäischen Demokraten, der die konservativen Parteien angehören, hat 36 Mitglieder. Sie nimmt regelmäßig an den Sitzungen der EVP-Fraktion teil und arbeitet eng mit ihr zusammen.

**Kontaktadresse:**  
 Europarat CLRAE,  
 F-67075 Straßburg Cedex  
 Tel.: +33/88/41.22.39;  
 Fax: +33/88/41.27.51

## Die EVP in der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union (WEU)

Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wurde die WEU im Jahre 1954 gegründet. Ihr gehören zehn EU-Mitgliedstaaten an: Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Spanien, Griechenland. Als europäische Verteidigungsorganisation erhielt sie durch den Vertrag über die Europäische Union den Auftrag, die Beschlüsse und Maßnahmen der Union umzusetzen, die sich auf den Verteidigungsbereich beziehen. Die Parlamentarische Versammlung als beratendes Organ innerhalb der WEU hat insgesamt 115 Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter und ist in vier politische Fraktionen aufgeteilt. Die EVP ist mit 64 Mitgliedern größte Fraktion und arbeitet mit den Konservativen (36 Mitglieder) in der sog. Föderierten Gruppe der Christdemokraten und der Europäischen Demokraten zusammen.

Fraktionsvorsitzender ist seit dem 4. Dezember 1995 José Luis Lopez Henares (PP-SP).

### Kontaktadresse:

43, Av. du Président Wilson,  
F-75016 Paris  
Tel.: +33/1/53672200  
Fax: +33/1/47204543  
(oder Büro Bartling)

## Die EVP im Europäischen Parlament

Das Europäische Parlament hat seit der Erweiterung der EU um Schweden, Finnland und Österreich insgesamt 626 Mitglieder (vorher 567). Die Europäische Volkspartei stellt im Europäischen Parlament mit 173 Mitgliedern (16 „Neue“ kamen dazu), neben der sozialistischen Fraktion, die größte Fraktion. Fraktionsvorsitzender der EVP im Europäischen Parlament ist der ehemalige belgische Premierminister Wilfried Martens, der ebenfalls Parteivorsitzender der EVP ist.

### Kontaktadresse:

EVP-Fraktion im EP,  
Rue Belliard 97-113,  
B-1047 Brüssel  
Tel.: +32/2/284.22.33  
Fax: +32/2/284.97.69  
(Büro des Präsidenten)

## Die EVP im Ausschuß der Regionen

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei im Ausschuß der Regionen (AdR) hat sich am 8. März 1994 konstituiert. Mit 84 Mitgliedern ist sie die größte der fünf Fraktionen im AdR, der sich insgesamt aus 189 Mitgliedern zusammensetzt. Jos Chabert, Finanzminister der Region Brüssel, ist Vorsitzender der EVP-Fraktion im Ausschuß der Regionen. Bis zum Juni 1996 werden die Arbeiten der Fraktion noch vom EVP-Generalsekretariat koordiniert.

## Personale

Neuer Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz wird nach dem Wechsel von Hansjörg Geiger zum Bundesnachrichtendienst der bisherige Vizepräsident des Amtes **Peter Fritsch** (SPD). Der promovierte Jurist ist seit

Jahrzehnten im Bereich der inneren Sicherheit tätig und gilt als erstklassiger Fachmann im Bereich des Verfassungsschutzes. Er blickt auf Dienstzeiten beim Bundesverwaltungsamt in Köln und beim Bundesministerium des Innern zurück.

# Chance für Weimar, sich zukunftsorientiert zu präsentieren

**Die Kulturbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach, und der für Weimar zuständige Bundestagsabgeordnete Heinz-Jürgen Kronberg erklärten anlässlich einer Informationsreise des Arbeitskreises „Kunst und Kultur“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach Weimar:**

Die Kulturminister der Europäischen Gemeinschaft haben die Stadt Weimar zur „Kulturstadt Europas“ für das Jahr 1999 nominiert. Damit erhält nach Berlin im Jahre 1988 zum zweiten Mal eine deutsche Stadt Gelegenheit, sich als Kulturstadt Europas zu präsentieren.

Die Bewerbung Weimars ist von der Bundesregierung intensiv unterstützt worden.

Mit der Ernennung Weimars zur „Kulturstadt Europas“ ergibt sich eine gesamtstaatliche Verantwortung für den Bund. Mit Weimar wurde eine kleine Stadt zur Kulturstadt gewählt, die auf Daten und Ereignisse wie 250. Geburtstag Goethes, 240. Geburtstag Schillers, 150 Jahre Paulskircheverfassung, 90 Jahre Bauhaus, 80 Jahre Weimarer Reichsverfassung, 50 Jahre Verfassung Bundesrepublik Deutschland und 10 Jahre Mauerfall etc. verweist, die für Weimar entscheidend sind, aber auch deutsche Geschichte und die europäische Kulturgeschichte markieren. Insofern ist Weimar 1999 nicht nur an sich Kulturstadt, sondern zugleich repräsentativ für Deutschland als Ganzes und für Europa. Für Weimar bedeutet dies die große Herausforderung, die sich aus ihrer Bedeutung als Stadt der Klassik und der geschichtlichen Vergangenheit, vor allem aus ihrem Bezug zur neueren Geschichte ergibt.

Weimar beinhaltet aber auch Buchenwald – Bruch der kulturellen und geschichtlichen Tradition und zivilisatorischen Entwicklung.

Gesellschaftlicher Umbruch durch 40 Jahre DDR, Gefährdung und Einschränkung von Kunst, Kultur und persönlicher Freiheit – auch dies ist Weimar. Weimar heute und morgen kann Zeichen setzen gegen Vergessen, für Verständnis und Toleranz.

Der Bund hat durch seine Stellung als Mitgesellschafter in der „Weimar 1999 – Kulturstadt Europas GmbH“ nicht nur Mitverantwortung für Weimar 1999 übernommen, sondern dadurch auch den Willen zur Mitgestaltung dokumentiert. Weimar 1999 soll über Weimar und die Region hinaus ausstrahlen und dem Anspruch nach nationaler Repräsentanz und europäischem Charakter Rechnung tragen.

## Der Bund beteiligt sich

Die finanzielle Beteiligung des Bundes für Weimar 1999 ist mit insgesamt 50 Mio. DM vorgesehen. Für die Vorbereitung und Durchführung des Kulturstadtvorhabens 1999 werden von Seiten des Bundes 16 Mio. DM veranschlagt, für erforderliche investive Maßnahmen wie Wiederaufbau des Landesmuseums Weimar 8,5 Mio. DM, für kulturstadtbezogene Bauprojekte der Stiftung Weimarer Klassik 15 Mio. DM und für die Errichtung einer europäischen Jugendbildungs- und -begegnungsstätte 8 Mio. DM.

Mitglieder des Arbeitskreises „Kunst und Kultur“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich zwei Tage lang über den Stand der Vorbereitungen und die weiteren

## Es kommt auf die Tarifvertragsparteien an

**Zu den Meldungen der „Bild am Sonntag“ vom 9. Juni, die Bonner Koalitionsparteien beabsichtigten zur Durchsetzung der Einschränkungen der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall auch in bestehende Tarifverträge einzugreifen, erklärte der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Friedrich Bohl:**

Die Bundesregierung wird alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Bedingungen für das Wachstum unserer Wirtschaft, den Abbau der viel zu hohen Arbeitslosigkeit und den Aufbau neuer Beschäftigung nachhaltig zu

verbessern. Dieses Bemühen findet seine Grenze an der grundsätzlich garantierten Tarifautonomie von Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die Bundesregierung wird daher nicht in bestehende Tarifverträge eingreifen. Es gibt keine diesbezüglichen Beschlüsse oder Absichten.

Es kommt jetzt vor allem auf die Tarifvertragsparteien an; sie müssen ihre Verantwortung für die Schaffung von Arbeitsplätzen wahrnehmen und alle Möglichkeiten zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft aktiv nutzen.

Planungen informiert. Im Mittelpunkt standen die kulturelle und künstlerische Konzeption und deren Umsetzung im Rahmen der vorgesehenen Finanzplanung. Eine Ausweitung der in den Bundeshaushalten 1996 bis 1999 vorgesehenen Beteiligung des Bundes ist angesichts der allgemein angespannten Situation öffentlicher Haushalte nicht zu erwarten. Das vorliegende, vielseitige und anspruchsvolle Konzept dürfte nur zu realisieren sein, wenn zusätzliche Mittel durch Sponsoren und Mäzene bereitgestellt werden.

Weimar 1999 bedeutet die Chance für die Stadt, die Region und die Bundesrepublik, sich auf dem Boden geschichtlicher Vergangenheit zukunftsorientiert zu präsentieren und sich kulturell und künstlerisch europaweit zu öffnen. Mit dem vorgelegten Konzept hat die „Weimar 1999 – Kulturstadt Europa GmbH“ den ersten Schritt dazu getan. Es liegt nun an dem Willen und der Kraft aller Verantwortlichen und gesellschaftlichen Gruppierungen, das Vorhaben gelingen zu lassen.

## Nur saisonaler Rückgang der Arbeitslosigkeit

Nach dem am 10. Juni veröffentlichten Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit zählten die Arbeitsämter im Mai in Deutschland 3.818.413 Arbeitslose, 357.325 mehr als vor einem Jahr, aber 148.555 weniger als vor einem Monat. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich binnen Jahresfrist von 9,0 auf 10,0 Prozent. Nach den Worten des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, hielt sich der Rückgang von April bis Mai im saisonüblichen Rahmen, wobei die saisonalen Nachholeffekte in den neuen Ländern noch größer gewesen seien als in den alten. An der insgesamt ungünstigen Tendenz auf dem Arbeitsmarkt hat sich aber nichts geändert.

## Verfassungsschutzbericht 1995

# Die staatlichen Maßnahmen haben ihre Wirkung nicht verfehlt

Eine der zentralen innenpolitischen Aufgaben des Staates ist der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Extremistische Bestrebungen müssen deshalb ständig sorgfältig beobachtet und analysiert werden. Nur so kann der Staat der Herausforderung durch Extremisten jedweder Art rechtzeitig und angemessen entgegentreten.

Wesentliche Indikatoren extremistischer Bestrebungen sind die Zahlenentwicklungen über Menge und Mitglieder entsprechender Gruppierungen, die Anzahl politisch motivierter Straf-, insbesondere Gewalttaten, politisch-motivierte öffentliche

## Von Bundesinnenminister Manfred Kanther

Ausschreitungen und die Verbreitung extremistischen Gedankengutes über Druckschriften und die elektronischen Medien.

### Auch im Jahre 1995 gilt,

- daß extremistische Kräfte weiterhin Aktivitäten entfalten, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung unserer Verfassung richten und durch ihre Militanz den Rechtsfrieden und Belange der Bundesrepublik Deutschland massiv stören,

- daß die Bundesregierung mit ihren Sicherheitsbehörden weiterhin entschlossen und konsequent, zusammen mit den Ländern und der Justiz, dieser Bedrohung begegnet.

Zur Fortsetzung der konsequenten Beobachtung und entschlossenen Abwehrmaß-

nahmen gegen politisch-extremistische Erscheinungsformen jeder Art gibt es im Interesse der Wahrung unser freiheitlichen demokratischen Grundordnung keine Alternative.

## Linksextremismus

**Potential.** Das Mitgliederpotential des Linksextremismus ist im Jahre 1995 leicht gewachsen (1994: 33.700; 1995: 35.000).

**Straf- und Gewalttaten.** Die Zahl der von Linksextremisten verübten Straftaten zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele ist im Jahre 1995 ebenfalls leicht angestiegen (1994: 919; 1995: 939). Die Anzahl linksextremistischer Gewalttaten ist dagegen deutlich zurückgegangen (1994: 666; 1995: 565). Diese Entwicklung hatte sich im laufenden Jahr 1996 zunächst bis zu den Krawallen gegen den Atomtransport nach Gorleben fortgesetzt. Überwiegend handelt es sich 1996 dabei um Brandanschläge. Städtebauliche Umstrukturierung und insbesondere jüngst Kernkraft-Transporte bilden auch im laufenden Jahr den thematischen Schwerpunkt. Hauptbetroffene Region der links-extremistischen Anschläge ist Berlin.

**Terrorszene.** Während die RAF auch im Jahre 1995 keine terroristischen Aktionen durchgeführt hat, entfaltete die „Anti-Imperialistische-Zelle“ (AIZ) zunehmend terroristische Aktivitäten. So verübte die AIZ im Jahre 1995 vier Sprengstoffanschläge gegen Personen aus Politik und

Wirtschaft. Hierbei nahm sie die Möglichkeit tödlicher Verletzungen auch Unbeteiligter in Kauf.

Ende Februar 1996 wurden zwei mutmaßliche Angehörige der AIZ festgenommen; gegen sie wurden Haftbefehle wegen dringenden Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a StGB), des versuchten Mordes (§§ 211, 22, 23 StGB), des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion (x) (§ 311 StGB) und anderer Straftaten erwirkt.

**Autonome/anarchistische Gewaltszene.** Die Gewaltbereitschaft sog. „Autonomer Gruppen“ ist ungebrochen. Der Schwerpunkt ihrer Aktionen richtet sich gegen das Atomprogramm und betrifft vor allem Infrastruktureinrichtungen der Deutschen Bahn-AG, welche die Castor-Transporte durchführt, sowie gegen Anlagen und Einrichtungen der Energieversorgungsunternehmen. Die Täter schrecken dabei auch vor der Verwendung von Rohrbomben zur Zerstörung von Bahneinrichtungen sowie vor der Zerstörung von Hochspannungsmasten nicht zurück. Diese Aktionen sollen nach eigenem Verständnis der autonomen Szene auch dazu dienen, linksextremistischen Widerstand zu stärken. Weitere Bezugsthemen militanter Aktionen der autonomen/anarchistischen Gewaltszene waren auch 1995/96 der sog. „Anti-Faschismus“ (womit nicht nur Rechtsextreme gemeint sind), „Anti-Rassismus“, städtebauliche „Umstrukturierung“, „Dritte-Welt-Politik“, „Anti-Imperialismus“, „Ausländerpolitik“ und „Kurdenproblematik“ sowie die Zerstörung von sog. „Nobelkarossen“.

Auch die Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Extremisten werden rigoros und aggressiv geführt. So gab es neben Brandanschlägen bei einem Streit zwischen Jugendlichen des linken und rechten Spektrums in Thüringen ein

Todesopfer, als ein 22jähriger von einem 15jährigen erstochen wurde. Wenn es sich dabei auch eher um eine Panikreaktion und – was schon aus dem Alter des Täters ersichtlich ist – nicht um eine vorsätzliche, politisch-motivierte Tat handelte, zeigt dies doch – wie schon 1992 die Tötung eines Rechtsextremisten durch Linke – warnend, wohin solche Auseinandersetzungen führen können.

Völlig unverständlich ist es, wenn politische Gruppen Bestrebungen mit einem solchen Gefahrenpotential verharmlosen oder gar verklären. Das gilt z. B. auch für die kriminellen Aktionen gegen Kernkraft und Castor-Transporte. Wer seine andere Überzeugung kundtun will, kann das selbstverständlich, solange er friedlich bleibt. Aber er muß prüfen, mit wem er sich zusammenschließt, und verhindern, vor den Karren von Extremisten gespannt zu werden. Aufrufe und Ausführungen in linksextremistischen Szeneblättern belegen, daß militante Autonome und andere gewaltbereite Linksextremisten in der Kampagne gegen Castor-Transporte ein Aktionsfeld für ihren „Kampf“ gegen das „System“ gefunden haben. Wenn Anschläge, gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr oder andere militante Aktionen im Schutz eigentlich friedliebender Demonstrationen erfolgen, werden damit auch friedliche Kernkraftkritiker diskreditiert. Sie sollten sich deshalb rechtzeitig von Linksextremisten absetzen.

**Marxisten/Leninisten.** Im Bereich der revolutionär-marxistischen Organisationen hat sich der im letzten Jahr ange deutete Trend zur Stabilisierung fortgesetzt.

Die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) bestätigte auf der 2. Tagung des 4. Parteitages am 27./28. Januar 1996 in Magdeburg den bisherigen Kurs der Partei. Der Parteivorsitzende, Lothar Bisky, unterstrich die PDS-Position, daß die

gesamten Probleme der Bundesrepublik Deutschland system- und strukturbedingt seien. Die PDS wünsche eine „andere Republik“. Über die Partei bzw. insbesondere Teilgruppierungen werden inzwischen vom Bundesamt für Verfassungsschutz und von der überwiegenden Zahl der Landesämter für Verfassungsschutz gezielt Informationen gesammelt und ausgewertet.

Der Bericht belegt anschaulich die tatsächlichen Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen der Gesamtpartei. Das gilt für programmatische Aussagen wie für die politische Praxis bis hin zu offen linksextremistischen Strukturen (Komm. Plattform, AG Junge GenossInnen, Autonome Gruppe, Marxistisches Forum) in der PDS.

Ebenfalls zählen dazu Aufrufe zur „Schienendemontage“ – auch mit der abstrusen Auffassung, daß dies als „gewaltfrei“ anzusehen sei – und die Verweisungen der PDS bzw. ihrer stv. Bundesvorsitzenden auf gewaltbefürwortende Schriften militanter Linksextremisten im Internet.

Die PDS ist den überkommenen ideologischen Klischees ihrer Vorgängerin SED nach wie vor verhaftet. Sie kultiviert den Ost-West-Unterschied nach der Wiedervereinigung und provoziert mit dieser Politik sowie einer DDR-Nostalgie und Verharmlosung des SED-Unrechts neue Trennlinien zwischen Ost und West, anstatt die Vereinigung voranzubringen.

Auch nach Einschätzung einiger Länder – ich nenne Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen – entwickelt sich die PDS in den alten Ländern immer mehr zum Gravitationsfeld und Sammelbecken von Linksextremisten.

## Rechtsextremismus

**Potential.** Die Mitgliederentwicklung im Bereich des Rechtsextremismus ist im

Jahre 1995 gegenüber 1994 um 10.500 Personen deutlich rückläufig (1994: 56.600; 1995: 46.100). Damit bestätigt sich die Tendenz des Jahres 1994.

### Mitgliederverluste bei den Parteien.

Die Mitgliederverluste betreffen insbesondere die Parteien, davon die „Republikaner“ mit einem Verlust von 4.000 Mitgliedern, die „Deutsche Volksunion“ (DVU) mit einem Verlust von 5.000 Mitgliedern und die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) mit einem Verlust von 500 Mitgliedern. Zusammen verfügen diese Parteien noch über ein Mitgliederpotential von knapp 36.000 Personen.

**Straf- und Gewalttaten.** Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten ist nahezu unverändert (1994: 7.952; 1995: 7.896). Dieser Trend ist jedoch nicht in allen Ländern gleich. Dagegen sind die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten deutlich gesunken (1994: 1.489; 1995: 837). Dieser Trend ist bisher auch im Jahre 1996 zu beobachten. Es gab insbesondere keine vollendeten Tötungsdelikte.

Wie im Vorjahr waren dabei Einzeltäter oder spontan entstandene Kleinstgruppen – und nicht etwa rechtsextremistische Organisationen – für die Straftaten verantwortlich. Da diesen Tätergruppen organisatorische Strukturen und dauerhafte Zielsetzungen fehlen, kann nicht von einem rechtsextremistischen Terrorismus gesprochen werden. Dennoch darf die Gefahr, die von einzelnen Neonazis oder kleineren Gruppen droht, nicht unterschätzt werden. Es gibt Ansätze, aus denen terroristische Aktionen entstehen können. Dies belegen Waffenfunde sowie Anleitungen zum Waffenbau, zur Herstellung von Rohrbomben und Giftkampfstoffen, welche in der rechtsextremistischen Szene kursieren. Schließlich werden seit längerer Zeit Strategiepapiere in der Szene verbreitet, die – wie das Pamphlet „Eine Bewegung in

Waffen“ – den terroristischen Kampf propagieren. Diesem Problembereich gilt eines der Hauptaugenmerke in der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden.

**Entwicklung des Wählerverhaltens gegenüber rechtsextremistischen Parteien.** Die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen dieses Jahres haben zwar für die Parteien des rechtsextremistischen Spektrums überwiegend einen anhaltenden Abschwung in der Wählergunst signalisiert. Dennoch haben sich die Republikaner in Baden-Württemberg gegenüber den Vorhersagen stabilisieren können. Insgesamt haben bei den drei Landtagswahlen dieses Jahres immerhin noch rd. 600.000 Wähler rechtsextremistischen Parteien ihre Stimme gegeben. Dies belegt die Notwendigkeit weiterer intensiver Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit beim Bürger. Das Ziel muß heißen, das Demokratieverständnis der Bürger weiter zu festigen und Wähler davon abzuhalten, aus Unzufriedenheit oder Protest Extremisten ihre Stimme zu geben. Überdies muß die herausragende außenpolitische Bedeutung der Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien auch 50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges allgemein verdeutlicht werden.

**Wirkung der staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt.** Die konsequente Strafverfolgung und die Verbote neonazistischer Organisationen, wie zuletzt der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) sowie der „Nationalen Liste“ (NL) und der „Direkten Aktion/Mitteldeutschland“ (JF), haben die Neonaziszene nachhaltig verunsichert. Sie versucht, die Verbotsfolgen durch neue Organisationsformen unter Umgehung fester organisationsrechtlicher Strukturen in Form personeller Verflechtungen und verstärkter informa-

tioneller Vernetzungen zu umgehen. Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), die Jugendorganisation der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) verzeichnen verstärkten Zuspruch durch neonazistische Kräfte aus verbotenen Gruppierungen.

**Notwendigkeit der weiteren Bekämpfung des Rechtsextremismus.** Die gegen den Rechtsextremismus ebenso wie gegen den Linksextremismus unternommenen präventiven und repressiven staatlichen Maßnahmen müssen konsequent fortgesetzt werden. Hierzu gehören insbesondere

- die Überwachung der Organisationsverbote
- die Unterbindung der Neuorganisation
- die intensive Beobachtung der informationellen Vernetzung
- das Verbot von Veranstaltungen und öffentlichen Treffen
- das fortwährende und entschlossene Einschreiten gegen „Revisionismus“-Kampagnen und die Herstellung und Verbreitung extremistischer Schriften
- die Eindämmung des in den elektronischen Medien verbreiteten extremistischen Gedankengutes.

Vorrangig aufklärungsbedürftig bleiben anti-semitische Bestrebungen und fremdenfeindliche Gewalttätigkeiten und Gesetzesverletzungen ebenso wie die insbesondere von Neonazis unternommenen Versuche der Leugnung oder Verharmlosung der Nazi-Verbrechen und des Völkermordes an den europäischen Juden. In diesem Zusammenhang müssen auch weiterhin volksverhetzende und neonazistische Schriften, wie etwa Skinhead-Fanzines und rassistische Liedtexte konsequent beschlagnahmt werden. Dies gilt in gleicher Weise für die Eindämmung der Einfuhr

rechtsextremistischen Propagandamaterials aus dem Ausland durch möglichst lückenlose Beschlagnahme.

In diesem Zusammenhang steht das Bemühen der Bundesregierung, die einschlägigen Gesetzesvorschriften, welche die Herstellung, Verbreitung etc. solchen Propagandamaterials in Deutschland unter Strafe stellen, international, zumindest jedoch EU-weit zu harmonisieren. Dies dient sowohl der Verhinderung von Ruheräumen für die Täter im Ausland als auch der Bekämpfung des Rechtsextremismus an der Quelle.

Überall, wo rechtsextremistische Täter straffällig werden, ist weiterhin eine konsequente Strafverfolgung und Verurteilung solcher Täter geboten.

## Ausländerextremismus

**Potential.** Der schon 1994 zu verzeichnende Anstieg der Mitglieder- und Anhängerzahlen im Bereich des Ausländerextremismus hat sich auch 1995 fortgesetzt. Ende des Jahres waren nach Schätzungen der Verfassungsschutzbehörden insgesamt 55.500 Personen Anhänger oder Mitglieder extremistischer oder erheblich extremistisch beeinflusster Organisationen. Gegenüber 1994 (47.050 Anhänger/Mitglieder) entspricht dies einem Anstieg von 17 Prozent. Fast 10.000 (1994: 8.300) sind noch im Umfeld der verbotenen Organisationen aus dem kurdischen und türkischen Beobachtungsfeld (PKK und Dev Sol) festzustellen.

Die islamisch-extremistischen Organisationen konnten ihr Anhänger- und Mitgliederpotential auf 31.800 Personen steigern (1994: 26.380).

Die linksextremistischen Ausländergruppierungen konnten ebenfalls einen Mitglieder- und Anhängierzuwachs auf insgesamt 16.800 Personen (1994: 15.060) ver-

zeichnen. Der Zuwachs konzentrierte sich auf wenige, bereits zuvor mitgliederstarke Organisationen aus dem kurdischen und türkischen Beobachtungsfeld.

**Straf- und Gewalttaten.** Die Gewaltbereitschaft ausländischer Extremisten stellt weiterhin eine erhebliche Bedrohung der inneren Sicherheit dar.

Während die Gesetzesverletzungen ausländischer Extremisten 1995 gegenüber 1994 fast unverändert geblieben sind (1994: 533; 1995: 590) und auch die Gesamtzahl der Gewalttaten fast konstant war (1994: 262; 1995: 283) kam es bei Brandanschlägen, welche besonders im Frühjahr und Sommer 1995 eskalierten, zu einer erschreckenden Steigerung um mehr als 300 % (1994: 56; 1995: 188). Auch ein Todesopfer ist infolge ausländerextremistischer Anschläge 1995 zu beklagen.

Für das 1. Quartal 1996 kann ein Rückgang dieser Gewalttaten festgehalten werden, wenngleich immer noch ganz überwiegend gefährliche Brandanschläge zu verzeichnen waren. Betroffener Schwerpunktbereich ist Nordrhein-Westfalen. Außerdem hat die PKK schwere Straftaten zu verantworten, die im Rahmen von Demonstrationen in Bonn und Dortmund im März dieses Jahres begangen wurden.

**„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK).** Nach wie vor sind die Aktivitäten der linksextremistischen und linksterroristischen „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) und die unberechenbare Doppelstrategie von Gewalt und Friedensbekundungen besonders anzusprechen. Der Anführer der PKK, Abdullah Öcalan, drohte erneut mit Gewalt. Öcalan verstärkte im März 1996 diese Drohung in einem Interview mit „MED-TV“ und kündigte für Europa, in erster Linie in Deutschland, eine Massenerhebung an, wenn der von der PKK verkündete „Waffenstillstand“ keine

positive Antwort erfahren sollte. Dabei würden Hunderte von Menschen sterben. Er sprach weiter von gezielten Anschlägen gegen deutsche Touristen in der Türkei und von unkontrollierten Ausschreitungen in Deutschland für den Fall, daß dort Unrecht geschehe. Anhänger der PKK waren bei verschiedenen, gewalttätig verlaufenen Demonstrationen in mehreren Städten Deutschlands beteiligt. In einem Interview im Mai erklärte er dagegen, es werde in Deutschland keine Gewaltaktionen mehr geben. Es wird sich zeigen, was davon zu halten ist und ob Öcalan überhaupt in der Lage ist, die von ihm in Gang gesetzte Gewalt der PKK zu steuern. Gegen führende Funktionäre der verbotenen PKK finden Strafverfahren wegen Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB) sowie anderer Delikte statt. Am 10. April d.J. begann in Stuttgart die Hauptverhandlung gegen vier mutmaßliche Gebietsleiter der PKK. Sie sollen vom Frühjahr 1994 an Verwüstungsaktionen und Brandanschläge auf türkische Einrichtungen im Südwesten und Süden Deutschlands gesteuert haben. Außerdem hätten sie Bestrafungsaktionen an „Abweichlern“ und „Verrätern“ bis hin zur Tötung gebilligt.

Am 26. März d. J. wurde ein 23jähriger türkischer Staatsangehöriger wegen versuchter schwerer Brandstiftung und anderer Delikte festgenommen. Bei dem Festgenommenen handelt es sich um einen mutmaßlichen stellvertretenden PKK-Gebietsverantwortlichen.

Dies belegt nachdrücklich die Notwendigkeit des Verbots der PKK bzw. der Verbote gegen ihre Nachfolgeorganisationen. Diese Verbote erweitern die rechtlichen Möglichkeiten der Sicherheitsbehörden, gegen solche Anhänger und Mitglieder vorzugehen, die versuchen, deren Aktivitäten fortzuführen. Sie ermöglichen die Verhinderung öffentlicher Auftritte durch entspre-

chende Versammlungsverbote und erleichtern die Aufklärung ihrer fortbestehenden verdeckten Strukturen. Kurden in Deutschland müssen sich – wenn sie wollen, daß wir uns mit ihrem Hauptanliegen intensiv und vorbehaltlos beschäftigen – von Straftaten und Gewalt der PKK distanzieren und hiesiges Recht respektieren. Gegen Rechtsverletzungen werden deutsche Behörden weiterhin konsequent vorgehen.

## **Türkischer Linksextremismus.**

Auch türkische Linksextremisten reagierten in Deutschland mit Gewaltaktionen und Demonstrationen auf Ereignisse in der Türkei. Bei landesweiten Aufständen in mehreren Haftanstalten in verschiedenen türkischen Städten waren drei mutmaßliche Anhänger der „Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front“ (DHKP-C) ums Leben gekommen. Mutmaßliche Angehörige linksextremistischer türkischer Organisationen nahmen die Vorfälle zum Anlaß für Brandanschläge auf türkische Einrichtungen wie Reisebüros und Banken. Es kam zu zahlreichen demonstrativen Aktionen vor türkischen Einrichtungen und am 5. Januar zur Besetzung des türkischen Generalkonsulats in Mainz.

**Islamischer Extremismus.** Die „Islamische Widerstandsbewegung“ (HAMAS) hat sich zu Selbstmordattentaten in Jerusalem und Askalon am 25. Februar bzw. 4. März 1996 in Tel Aviv bekannt. In Deutschland ist die HAMAS durch den „Islamischen Bund Palästina“ (IBP) mit etwa 70 Mitgliedern und bis zu 250 Sympathisanten vertreten. Hier lebende Anhänger der terroristisch gegen Israel operierenden „Hizballah“ (Partei Gottes) setzen ihre Agitationen gegen Israel fort. Ihr Generalsekretär äußerte Anfang März 1996 in einem Zeitungsinterview, daß es eine Zeit geben könne, in der seine Organisation Israel „überall“ bekämpfen wer-

de. Die Gefährlichkeit der „Hizballah“ wird nicht zuletzt durch die jüngste Entwicklung im Grenzgebiet zwischen dem Norden Israels und dem Süden des Libanon bestätigt.

## Spionageabwehr

**Aufgaben.** Das aktuelle Aufgabenspektrum der Spionageabwehr umfaßt neben „klassischen“ nachrichtendienstlichen Aufklärungsbemühungen, die nach wie vor im wesentlichen von den Nachrichtendiensten des ehemaligen Ostblocks, insbesondere den russischen Diensten ausgehen, auch Aktivitäten fremder Nachrichtendienste im Bereich Proliferation, bei der Verfolgung von Regimegegnern und auf dem Gebiet des Staatsterrorismus. Auf den letztgenannten Sektoren sind vor allem die Nachrichtendienste der sog. Krisenländer aktiv. Hierzu zählen in erster Linie Iran, Irak, Syrien und Libyen.

### Russische Nachrichtendienste.

Die Nachrichtendienste der Russischen Föderation haben sich in den letzten Jahren stetig fortentwickelt und als fester Bestandteil des Sicherheitsapparates zunehmend an Einfluß gewonnen. Damit einher gehen Bemühungen der russischen Dienste, die Bundesrepublik Deutschland nachrichtendienstlich aufzuklären. Hierfür spricht auch die hohe Zahl von Mitarbeitern der Nachrichtendienste auf getarnten Dienstposten in den offiziellen Vertretungen. Neben der Aufklärung von Auslandsniederlassungen und gemischten Firmen, welche im Bereich der Industrie und Wirtschaftsspionage für die Nachrichtendienste von Bedeutung sind, ist in Ansätzen eine Belegung der klassischen nachrichtendienstlichen Tätigkeit zu verzeichnen.

### Nachrichtendienste der übrigen GUS-Staaten.

Die Nachrichtendienste

der übrigen GUS-Republiken sind aus den früheren Strukturen von KGB und GRU entstanden. Bisher zeigen die Dienste Kasachstans, der Ukraine und Weißrußlands Interesse an Informationen aus Deutschland. Eine Zielgruppe der Dienste sind deutschstämmige Aussiedler, bei denen es z.T. vor der Ausreise oder bei späteren Besuchen in ihrem Herkunftsland zu nachrichtendienstlichen Ansprachen kommt.

### Nachrichtendienste der Nah- und Mittel-Ost-Staaten.

Nachrichtendienste von Staaten des Nahen und Mittleren Ostens betrachten die Bundesrepublik Deutschland nicht nur als Operationsgebiet für die „klassische Spionage“, sondern sind vor allem auf den Gebieten der Ausforschung von Oppositionellen und deren Bekämpfung, der Proliferation und des Staatsterrorismus aktiv. Vor allem die Abwehr des nachrichtendienstlich gesteuerten illegalen Technologietransfers stellt eine zunehmend wichtige Aufgabe dar. So geriet dieser Bereich spätestens mit den Ereignissen um deutsche Zulieferungen zur ersten libyschen Chemiewaffen-Fabrik in Rabta ins Blickfeld. In ihrer Folge wurde auch das Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und das Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) verschärft. Die Rechtsgeschäfte und -handlungen im Außenwirtschaftsverkehr, welche sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten darstellen, insbesondere bei Einbindung von Nachrichtendiensten bzw. nachrichtendienstähnlichen Strukturen, erfordern weiterhin die Aufmerksamkeit auch der Verfassungsschutzbehörden.

## Zusammenfassung

Der Verfassungsschutzbericht macht deutlich, daß die kontinuierliche und systematische Sammlung und Auswertung von Informationen in Bund und Ländern uner-

läßlich sind zur Bekämpfung von Extremismus und Spionage. Den Mitarbeitern der Verfassungsschutzbehörden ist für ihre Arbeit Dank und Anerkennung zu zollen. Zugleich muß ich darauf hinweisen, daß der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Behauptung des demokratischen Rechtsstaates nicht allein von staatlichen Behörden gewährleistet werden kann. Das demokratische Gemeinwesen ist wesentlich angewiesen auf die Bereitschaft der Bürger, sich mit unserer Verfassungsordnung zu identifizieren und an ihrer Bewahrung verantwortungsvoll mitzuwirken, insbesondere Gegnern der freiheitlichen Demokratie überall entgegenzutreten. Hierzu muß sich jeder Bürger ein eigenes Urteil über solche politischen Strömungen bilden, die unseren Rechtsstaat gefährden. Dieser Bericht soll ihm hierzu einen Überblick über wichtige extremistische Strömungen liefern. Er will damit eine wichtige Orientierungshilfe für die geistig-politische Auseinandersetzung auch des einzelnen Bürgers mit dem politischen Extremismus sein.

In dieser Auseinandersetzung soll der Bürger selbstverständlich durch breit angelegte staatliche Aktivitäten unterstützt und begleitet werden. Die 1993 unter dem Motto „Fairständnis“ begonnene Aufklärungskampagne gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit als gemeinsame Aktion des Bundes und der Länder wird fortgesetzt. Sie soll in Form von Postern, Anzeigen in Jugendzeit-

schriften, Schulmaterialien und über ein Computerspiel, insbesondere die jungen Bürger, über Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und die zwischen ihnen bestehenden Zusammenhänge aufklären. Zugleich sollen ihnen jene Werte unserer freiheitlichen Gesellschaft vermittelt werden, die an die Stelle von blindem Haß Toleranz und an die Stelle von zerstörerischer Gewalt Kreativität und konstruktive Leistungsbereitschaft setzen.

### **Die Anstrengungen dürfen nicht erlahmen**

Der Verfassungsschutzbericht 1995 macht deutlich, daß die staatlichen Anstrengungen zur Eindämmung und Bekämpfung des politischen Extremismus nicht erlahmen dürfen. Der Bericht zeigt aber auch, daß die staatlichen Maßnahmen, von Verboten extremistischer Vereinigen über Versammlungsverbote zur Verhinderung öffentlicher Auftritte von Extremisten bis hin zu Einzelmaßnahmen, insbesondere aber durch konsequente Strafverfolgung und gerichtliche Verurteilungen extremistischer Straf- und Gewalttäter, ihre Wirkung auf die extremistische Szene nicht verfehlen. Dies gilt in gleicher Weise für die staatlichen Maßnahmen zur Aufklärung über den Extremismus, welche das Wissen und das Verständnis der Bevölkerung über extremistische Zusammenhänge und über die Motive und Absichten von Extremisten fördert und damit die zunehmende Ächtung des Extremismus bewirkt.

## **Asylbewerberzahlen im Mai 1996**

Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im Mai 1996 9.334 Personen (Vormonat: 9.458 Personen) Asyl beantragt. Gegenüber dem Vormonat ist die Zahl der Asylbewerber um 124 Personen

(1,3 Prozent) und gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres (Mai 1995: 9.396) um 62 Personen (0,7 Prozent) gesunken. Seit Februar 1996 liegt der monatliche Asylbewerberzugang kontinuierlich unter 10.000.

200 Jugendliche treffen sich in Ohrdruf

## JU lädt zu Politik und Rock

»Rock gegen Gewalt« heißt das Sommercamp der Jungen Union Thüringen, das alljährlich über 200 Jugendliche aus ganz Deutschland anzieht.

Das Camp findet vom 5. bis 7. Juli in Ohrdruf, Kreis Gotha, statt und wird eröffnet von dem JU-Bundesvorsitzenden, Klaus Escher, und der Thüringer JU-Landeschefin, Ute Karger.

In Workshops und Diskussionen mit Politikern, Vertretern des Landeskriminalamts und Medizinern werden sie sich mit Drogenpolitik beschäftigen. Kinonacht und Sport gehören ebenso zum Angebot wie die Rocknacht gegen Gewalt, bei der Peter Schilling, Fräulein Menke, Markus und UKW erwartet werden. Zuvor sorgt die Band »Bad Guys« aus der JVA Ichtershausen für Stimmung.

Für die Übernachtung in Zelten und die Verpflegung werden pro Teilnehmer 40 DM berechnet. Für einen Aufpreis von 30 DM kann auch im Schloß übernachtet werden.

Anmeldungen müssen bis zum 28. Juni 1996 per Fax oder Brief bei der Jungen Union Thüringen (Heinrich-Mann-Str. 22, 99096 Erfurt, Tel. (03 61) 3 44 91 51, Fax (03 61) 3 45 92 25) eingehen.



**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET  
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE  
\*CDU#

● X 400  
c= de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

# Gemeinsam gegen dicke Luft

Frauen-Union unterstützt Klimaschutzaktion „nordlicht“, – Rita Süßmuth: „Machen Sie 1996 zu Ihrem persönlichen Klimaschutzjahr!“

**Wettbewerb bis 30. August**

**B**undesentwicklungsminister Spranger will 1997 bis 1999 eine Milliarde Mark für Klimaschutzprojekte in den Entwicklungsländern zur Verfügung stellen, denn die Zahlen sind alarmierend. Die Verbrennung fossiler Brennstoffe und der Kahlschlag des tropischen Regenwaldes erhöhen auf dramatische Weise den CO<sub>2</sub>-Gehalt in der Atmosphäre. Dadurch droht ein Anstieg der mittleren Temperaturen um 1 bis 1,5 Grad Celsius weltweit mit extremen Folgen für die Menschheit.

- Ausbreitung der Wüsten
- Verstärkung von Hochwasser und Sturm
- Anstieg des Meeresspiegels um 30 bis 50 cm bis zum Jahre 2050.

Die Bundesregierung hat insgesamt über 100 Einzelmaßnahmen zur Verringerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und anderen gefährlichen Treibhausgasen initiiert.

Auf der Berliner Weltklimakonferenz setzten Bundeskanzler Helmut Kohl und Umweltministerin Angela Merkel durch, sich auf verbindliche Reduzierungsziele für Treibhausgase bis 1997 zu einigen.

Aber das allein genügt nicht.

Die Frauen-Union möchte ganz persönlich an alle Bürgerinnen und Bürger appellieren, sich an der Klimaschutzaktion „nordlicht“ der Universität Kiel zu beteiligen. Rita Süßmuth: „Wir wissen, daß das Umweltbewußtsein und die Bereitschaft zum Handeln hoch sind. Oft fehlt

nur der letzte Anstoß, und der erfolgt am wirkungsvollsten durch Personen, die mit gutem Beispiel vorangehen.“ Zur Aktion gibt es Handzettel, mit denen man sich beteiligen kann:

- Vier Möglichkeiten, Energie und Wasser zu sparen
- Sieben Schritte zur neuen Beweglichkeit.

Mehrere tausend Bürgerinnen und Bürger aus Deutschland und neuerdings aus Österreich haben sich mit neu installierten energie- und wassersparenden Geräten beteiligt bzw. freiwillig Kilometer beim Autofahren eingespart. Machen Sie auch Ihre Kinder, Ihre Freundinnen und Freunde, Ihre Nachbarn und Bekannten auf diese Aktion aufmerksam.

Die Aktion läuft bis zum 30. August. 10 Gutscheine für eine Bahn-Card 1. Klasse im Wert von DM 400,00 sind zu gewinnen.

Wer Informationsmaterial und Handzettel zur Klimaschutzaktion „nordlicht“ beziehen möchte, wende sich bitte an:

**Frauen-Union der CDU, Konrad-Adenauer-Haus, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn oder: Projekt Klimaschutz, Dr. Friedemann Prose, Institut für Psychologie der Universität Kiel, Olshausenstraße 40, 24098 Kiel. Bitte DM 3,- Rückporto beilegen**

## I. Bubis/W. Schäuble



### Deutschland wohin?

Herausgegeben  
von  
Frank Schirrmacher

HERDER SPEKTRUM

**W**ie steht es mit Deutschland? Welche Chancen und Risiken birgt die Zukunft? Wie retten wir unser historisches Erbe und die Erfahrungen des zwanzigsten Jahrhunderts ins nächste Jahrtausend? Was sind die Kräfte, die unsere plurale Gesellschaft zusammenhalten? Und welchen politischen Kräften können wir vertrauen?

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, und Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, haben mit dem FAZ-Herausgeber Frank Schirrmacher ein ausführliches Gespräch geführt: grundsätzlich, auch kontrovers. Aber es zeigt überraschende Gemeinsamkeiten auf, die dieses Land braucht, wenn es um verbindliche Perspektiven auch für künftige Generationen geht.

**Ignatz Bubis und Wolfgang Schäuble: Deutschland wohin?**  
Herder-Spektrum  
Band 4487, DM 16,80.

## Aktionsplan für erneuerbare Energien

Ohne Gegenstimme hat sich der Energieausschuß des Europäischen Parlaments in seiner Sitzung am 29. Mai in Brüssel für die Verabschiedung eines Aktionsplans der EU zur Förderung erneuerbarer Energien ausgesprochen. Auf Initiative des Berichterstatters, Peter M. Mombauer (EVP/CDU), wird die Kommission aufgefordert, in einer Mitteilung an Rat und Europäisches Parlament einen Vorschlag für einen solchen Aktionsplan der EU vorzulegen. Ausrichten sollen sich alle Vorschläge darin an dem Ziel, den Anteil erneuerbarer Energiequellen, wie Sonne, Wasser, Wind und Biomasse, am gesamten

Energieverbrauch in der EU bis zum Jahr 2010 von heute 5 Prozent auf dann 15 Prozent zu steigern. „Dieses sehr ehrgeizige Ziel werden wir nur dann erreichen,“ so Mombauer, „wenn wir den Markt in Gang bringen.“ Öffentliche Anschubfinanzierung sei nur ein Mittel dazu. Noch wichtiger sei es, die erneuerbaren Energieträger nicht länger gegenüber den fossilen Energien steuerlich und energierechtlich zu benachteiligen. „Daher brauchen wir zuallererst eine öffentliche und glaubwürdige Willenserklärung der Entscheidungsträger in der EU zur entschlossenen Förderung erneuerbarer Energien.“



▲ **CDU-Wasserball**

Auf die Plätze, fertig, los und mit „voller Puste“ in den Sommer '96. Der neue Wasserball der CDU in leuchtendem CDU-Rot ist ab sofort wieder lieferbar

Bestell-Nr.: **9778**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 37,50 DM

**Aktionstip:** Organisieren Sie ein fröhliches Bade- und Musikfest für Jung und Alt in einem nahegelegenen Schwimmbad oder an einem Badensee, verbunden mit Attraktionen wie Wasserballturnier und Schwimmwettbewerben. Hierbei darf natürlich der CDU-Wasserball als Preis für alle Teilnehmer nicht fehlen.

Dieses Plakat im Format DIN A1 können Sie zur Ankündigung und Dekoration Ihrer Sommerveranstaltungen verwenden.

Bestell-Nr.: **8269**

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Plakate: 38,- DM



▲ **Plakat Sommer mit der CDU**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

## Tips für einen kostengünstigen Urlaub

### ● Broschüre: Familienurlaub

Der Bundesfachausschuß Familienpolitik hatte in den letzten Jahren viele Familien dazu aufgerufen, ihre Erfahrungen zum Thema „Urlaub mit Kindern“ aufzuschreiben. Aus den zahlreichen Einsendungen dieser Aktion ist die Broschüre „Familienurlaub“ entstanden, die u.a. auch Tips und Hinweise für einen kostengünstigen Urlaub enthält.

Bestell-Nr.: 4925

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis je 25 Expl.: 18,- DM

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

### Bestellungen an:

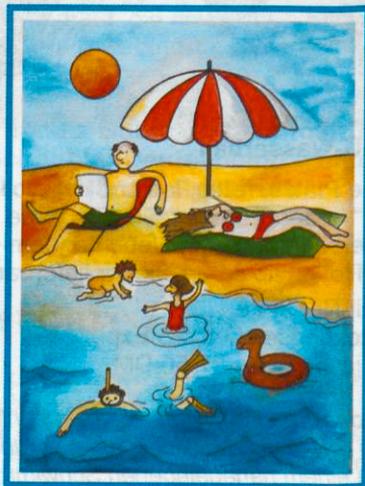
IS-Versandzentrum

Postfach 11 64

33759 Versmold

Fax (0 54 23) 4 15 21

## Familienurlaub



CDU

# UjD

18/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 40, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profitlich.  
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~WV~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.